

Mittwoch, 18. Mai 2022 [Hemmingen](#)

Flüchtlingsnetzwerk kritisiert neue Gebührensatzung

Ärger um Regelung für Gemeinschaftsunterkunft / Helfer beklagt „Lotteriespiel“: Wer in eine Wohnung kommt, braucht weniger zu zahlen

Von Andreas Zimmer

Hemmingen. Das Hemminger Netzwerk für Flüchtlinge kritisiert die geplante neue Gebührensatzung der Stadt für die Gemeinschaftsunterkunft im Gewerbegebiet. Kommen dort Obdachlose oder Flüchtlinge unter, müssen diese dafür eine Gebühr zahlen. Haben sie kein eigenes Geld, kommen Region oder Jobcenter dafür auf. Wenn sie ein eigenes Einkommen haben, müssen sie einen Anteil dafür verwenden.

Dies ist einer der Kritikpunkte des Netzwerkes. Dietrich Westerkamp, Helfer im Netzwerk, verweist darauf, dass bei einer Gehaltserhöhung die Gebühr das zusätzliche Geld auffresse. „Damit demotivieren wir die Leute zu arbeiten“, gibt er zu bedenken. In die Gebührenkalkulation der Stadtverwaltung seien auch Personalkosten wie für den Sicherheitsdienst eingeflossen, bemängelt Westerkamp. Außerdem sei es ein „Lotteriespiel“, ob die Flüchtlinge in eine Wohnung kommen oder in die Gemeinschaftsunterkunft. In einer Wohnung aber sei die dort zu zahlende Miete geringer als die Gebühr in der Unterkunft.

Westerkamp stört sich auch daran, dass die Behörden stets von einer Gebühr sprechen anstatt von einer Miete. Die Stadtverwaltung entgegnet, sie habe die neue Gebührensatzung „mit Augenmaß“ erstellt. Außerdem verfügen in der Gemeinschaftsunterkunft zurzeit nur fünf von 90 Personen über ein eigenes Einkommen.

Gebühr soll sinken

Die Gebühr soll zum 1. Juli sinken. Verlangt die Stadt zurzeit 930,94 Euro pro Platz im Monat, sollen es künftig 490,22 Euro sein. Das hängt

laut Verwaltung unter anderem mit der neuen Containerwohnanlage zusammen, die auf dem Gelände der Gemeinschaftsunterkunft an der Heinrich-Hertz-Straße entsteht und voraussichtlich Mitte oder Ende Juni fertig ist.

Die Erste Stadträtin Regina Steinhoff sagt, die Betriebskosten in der Containeranlage auf dem Hof dürften geringer sein als in der stark sanierungsbedürftigen Unterkunft. Seit Oktober 2016 dient das frühere Bürohaus als Flüchtlingsunterkunft. Es sei bisher mitunter schwierig gewesen, den Bewohnern und Bewohnerinnen das energiesparende Verhalten zu vermitteln, was sich bei den Betriebsausgaben durch „enorme Heizkosten“ und hohen Wasserverbrauch niederschlage. Nun sollen in einem Modul mit gesonderten Küchen und Badezimmern sechs bis acht Menschen wohnen, entweder eine Familie oder eine Wohngemeinschaft. 120 Plätze sollen insgesamt entstehen.

Andere Finanzierung

Die neue Gebührensatzung hat aber noch einen anderen Grund. Bekam die Stadt bisher von der Region Hannover auch Aufwendungen wie Betriebskosten bei leer stehenden Plätzen in der Unterkunft finanziert, so hat sich dies zum Oktober 2021 geändert. Region oder Jobcenter zahlen nur noch für die belegten Plätze. „Auch künftig ist daher auf eine möglichst gute Auslastung der vorhandenen Plätze hinzuwirken“, heißt es dazu zwar in der Ratsvorlage. Die Verwaltung betont aber, solange es möglich sei, wolle sie bei ihrer bisherigen Linie bleiben, Flüchtlinge dezentral, also zum Beispiel in Wohnungen, unterzubringen.

Elisabeth Seiler (Bündnisgrüne), Mitglied im Ausschuss für Soziales, Kultur, Sport und Verkehr, sagt: „Die Flüchtlinge bekommen den Gebührenbescheid und erschrecken. Es muss deutlicher vermittelt werden, dass sie die Gebühr nicht Eins-zu-eins übernehmen müssen.“ Stimmt der Sozialausschuss noch einstimmig für die neue Satzung, die die etwa fünf Jahre alte bestehende ablösen soll, hatten sich wenige Tage später im vertraulich tagenden Verwaltungsausschuss noch Fragen ergeben, sodass dieses Gremium nicht abstimmte. Das teilte Bürgermeister Jan Dingeldey (CDU) auf Anfrage dieser Zeitung mit.

Am morgigen Donnerstag soll der Rat entscheiden, der ab 19 Uhr im Rathaus tagt. Dietrich Westerkamp räumt ein, dass das Flüchtlingsnetzwerk keine Patentlösung habe. „Das Ganze liegt in der Systematik.“